**Gesellschaftsvertrag
der
Digital Innovation Hub Düsseldorf/Rheinland GmbH**

§ 1 Firma und Sitz

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet Digital Innovation Hub Düsseldorf/Rheinland GmbH.
- (2) Der Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

§ 2 Gegenstand der Gesellschaft

- (1) Das Unternehmen dient der Wirtschafts-, Innovations-, Wissenschafts- und Technologieförderung in der Region Düsseldorf/Rheinland.

Mit dem Digital Innovation Hub Düsseldorf/Rheinland soll die Bedeutung der Wirtschaftsregion Düsseldorf für die digitale Wirtschaft in NRW und Deutschland weiter ausgebaut werden. Der Hub soll digitale Innovationen und ihre Transformation durch intensiven Austausch und enge Zusammenarbeit von Startups, Hochschulen, Mittelstand und Industrie im Hub vorantreiben. Diese Ziele sollen durch die Umsetzung eines breit gefächerten Maßnahmen- und Veranstaltungspakets erreicht werden.

Der Hub soll ein zentrales Serviceangebot konzipieren, um Anfragen von Startups, Hochschulen, Mittelstand und Industrie zu neuen Gründungs-, Innovations- und Geschäftsvorhaben im Bereich digitaler Geschäftsmodelle, Lösungen und Produkte zu bearbeiten und Kontakte mit passenden, potenziellen Partnern herzustellen. Damit dient er als Drehscheibe und setzt Impulse für die Mobilisierung der digitalen Wirtschaft in der Region.

Neben dem Serviceangebot für Anfragen von Startups, Hochschulen, Mittelstand und Industrie führt der Hub verschiedene, wiederkehrende Innovationsformate durch. Bei diesen Innovationsformaten kommen Gründer, Experten, Wissenschaftler sowie Mitarbeiter von Unternehmen aus Mittelstand und Industrie zusammen, um gemeinsam neue digitale Geschäftsmodelle, Lösungen und Produkte zu entwerfen und zu diskutieren. Aus den vielversprechendsten Innovationsideen sollen sich im Idealfall konkrete Businessprojekte z.B. in Form von neuen Startups oder gemeinsamen Entwicklungs- und Pilotprojekten von Mittelstand und Industrie ergeben.

- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar gefördert werden kann.

Sie kann Tochtergesellschaften zur Erfüllung ihres Gesellschaftszwecks errichten.

§ 3 Beginn, Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft beginnt mit der Eintragung in das Handelsregister.
- (2) Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr, das mit der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister beginnt und am 31. Dezember des Jahres der Eintragung endet.

§ 4 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 5 Stammkapital, Stammeinlagen

- (1) Das Stammkapital beträgt € 25.000 (fünfundzwanzigtausend Euro).
- (2) Auf das Stammkapital übernehmen:
 - a) die Landeshauptstadt Düsseldorf eine Stammeinlage in Höhe von € 12.750,
 - b) die Landeshauptstadt Düsseldorf treuhänderisch eine Stammeinlage in Höhe von € 6.250,
 - c) der Rhein-Kreis Neuss eine Stammeinlage in Höhe von € 3.000 ,
 - d) die WFMG-Wirtschaftsförderung Mönchengladbach GmbH eine Stammeinlage in Höhe von € 3.000.
- (3) Alle Stammeinlagen sind in Geld zu erbringen und in voller Höhe sofort fällig.

§ 6 Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

- (1) die Geschäftsführung,
- (2) der Aufsichtsrat,

- (3) der Beirat
- (4) die Gesellschafterversammlung.

§ 7 Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer/-innen.
- (2) Die Geschäftsführer/-innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt.
- (3) Die Zuständigkeit für Abschluss, Änderung oder Beendigung von Dienstverträgen mit Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen liegt bei der Gesellschafterversammlung.
- (4) Die Geschäftsführer/-innen sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsordnung sowie den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates zu führen.
- (5) Mehrere Geschäftsführer/-innen sind, unbeschadet ihrer Vertretungsmacht nach außen gemäß § 8, nur gemeinschaftlich zur Geschäftsführung befugt.
- (6) Die Geschäftsführung gibt sich eine Geschäftsordnung, die zu ihrer Wirksamkeit der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.
- (7) Die Geschäftsführer/-innen haben die in § 10 vorgesehenen Zustimmungserfordernisse zu beachten.
- (8) Die Geschäftsführer/-innen haben geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, früh erkannt werden.
- (9) Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die Gesellschafter, die Aufsichtsratsmitglieder und die Mitglieder des Beirates vierteljährlich über die Geschäftsentwicklung umfassend zu unterrichten.
- (10) Hinsichtlich des Abschlusses, der Änderung oder Beendigung von Verträgen über den Erwerb oder die Veräußerung von gewerblichen Schutzrechten (Patente, Patentanmeldungen, Gebrauchsmuster, Warenzeichen), geheimen Verfahren, Betriebsgeheimnissen, Know-how oder ähnlichen Rechten; Abschluss, Änderung oder Beendigung von Aktiv- oder Passivlizenzverträgen benötigt die Geschäftsführung vorab die Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

§ 8 Vertretung

- (1) Die Gesellschaft wird durch die beiden Geschäftsführer/-innen gemeinschaftlich oder durch eine/n Geschäftsführer/-in gemeinsam mit einem/einer Prokuristen /Prokuristin vertreten. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung durch einstimmigen Beschluss festlegen, dass ein oder mehrere Geschäftsführer/-innen alleinvertretungsberechtigt sind.
- (2) Die Gesellschafterversammlung kann im Einzelfall die Geschäftsführung von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

§ 9 Gesellschafterversammlung

- (1) Gesellschafterversammlungen werden durch die Geschäftsführung einberufen. Sie müssen einberufen werden, wenn einer oder mehrere Gesellschafter dies verlangen.
- (2) Die Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft statt.
- (3) Jährlich findet mindestens eine ordentliche Gesellschafterversammlung innerhalb von acht Monaten nach dem Ablauf des vorangegangenen Geschäftsjahres statt. Sie ist von der Geschäftsführung unter Beifügung der Tagesordnung sowie aller notwendigen Beschluss- und Informationsvorlagen einzuberufen. Die Einberufung erfolgt mit einer Frist von mindestens 14 Tagen an jeden Gesellschafter unter Angabe von Zeit und Ort der Gesellschafterversammlung.
- (4) Jeder Gesellschafter kann in und außerhalb einer Gesellschafterversammlung Auskunft über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen, die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen und sich Bilanzen anfertigen oder auf eigene Kosten anfertigen lassen.
- (5) An der Gesellschafterversammlung nehmen die Geschäftsführer/-innen beratend teil, sofern die Gesellschafterversammlung nichts anderes beschließt. Die Gesellschafterversammlung kann Sachverständige zur Gesellschafterversammlung hinzuziehen.
- (6) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt derjenige Gesellschaftervertreter, dessen Gesellschaftsanteile den größten Anteil am Stammkapital der Gesellschaft ausmachen. Haben mehrere Gesellschafter gleich hohe Anteile, so stimmen sich diese über den Vorsitz ab.

§ 10 Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung beschließt über:
 - a) die Feststellung des Jahresabschlusses,

- b) die Verwendung des Ergebnisses,
 - c) die Entlastung der Geschäftsführer/-innen,
 - d) die Entlastung des Aufsichtsrates,
 - e) die Wahl des Abschlussprüfers unter Einschluss der Beauftragung mit der Prüfung und Berichterstattung gemäß § 53 HGrG.
- (2) Darüber hinaus beschließt die Gesellschafterversammlung über:
- a) die Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals,
 - b) den Eintritt weiterer Gesellschafter,
 - c) die Zustimmung zur Veräußerung oder Verpfändung eines Geschäftsanteils,
 - d) die Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
 - e) die Bestellung und die Abberufung von Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen, Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten sowie Abschluss, Änderung und Aufhebung von Dienstverträgen mit Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen,
 - f) die Festlegung oder Änderung der lang- und mittelfristigen Unternehmensplanung der Gesellschaft,
 - g) den Wirtschaftsplan für das kommende Geschäftsjahr und ggf. den Nachtrag zum Wirtschaftsplan,
 - h) Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, die nicht im festgestellten Finanz- und Investitionsplan vorgesehen sind,
 - i) die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Haftungen für Dritte, den Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von anderen gleichartigen Rechtsgeschäften, sofern ein Betrag von € 50.000 überschritten wird,
 - j) die Errichtung von Zweigniederlassungen, den Erwerb, die Gründung oder die Veräußerung von Tochtergesellschaften, den Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie die Veränderung der Beteiligungsquote oder die Teilnahme an einer Kapitalerhöhung bei anderen Unternehmen,
 - k) Stimmabgabe in Gesellschafterversammlungen, Hauptversammlungen und Aufsichts- oder Beiräten von Tochtergesellschaften oder solchen Gesellschaften, an denen die Gesellschaft beteiligt ist,
 - l) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Dienstverträgen, die eine Kündigungsfrist, die länger als die gesetzliche Kündigungsfrist und länger als drei Monate ist, oder eine Gewinn- oder Umsatzbeteiligung oder eine jährliche Vergütung von mehr als € 75.000 vorsehen,
 - m) Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an Grundstücken,
 - n) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Miet- oder Pachtverträgen, die eine Laufzeit von mehr als einem Jahr und einen Miet- oder Pachtzins von jährlich mehr als € 50.000 vorsehen,
 - o) Abschluss, Änderung oder Beendigung von sonstigen Verträgen, die eine Laufzeit von mehr als einem Jahr vorsehen und Verpflichtungen der Gesellschaft von jährlich mehr als € 50.000 begründen,

- p) Einleitung von Verfahren vor staatlichen Gerichten oder Schiedsgerichten mit einem Streitwert von mehr als € 50.000; Abschluss von Vergleichen in solchen Verfahren,
- q) sonstige Geschäfte oder Maßnahmen, die die Gesellschafterversammlung für zustimmungsbedürftig erklärt hat,
- r) die Auflösung der Gesellschaft,
- s) die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat,
- t) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der § 291 und § 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes.

Falls im Wirtschaftsplan ein über die im Rahmen des Förderprojekts erteilten Zusagen hinausgehender Zuschuss der Gesellschafter vorgesehen ist, bedarf der Gesellschafterbeschluss nach Abs. 2 Buchst. g der Zustimmung aller betroffenen Gesellschafter.

- (3) Den Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung Befreiung vom Wettbewerbsverbot erteilt werden. In dem Beschluss sind Art und Umfang und die sonstigen näheren Einzelheiten der jeweiligen Befreiung von dem Wettbewerbsverbot festzulegen.

§ 11 Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn das gesamte Stammkapital vertreten ist.
- (2) Die Gesellschafterversammlung beschließt mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei je € 50 eines Geschäftsanteils eine Stimme gewähren. Die Stimmen eines Gesellschafters können nur einheitlich abgegeben werden. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Im Falle einer Stimmengleichheit gilt der Beschluss als abgelehnt.
- (3) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden in der Regel in Gesellschafterversammlungen gefasst. Der Abhaltung einer Versammlung bedarf es nicht, wenn sich sämtliche Gesellschafter schriftlich oder per Fax innerhalb der vorgegebenen Frist mit dem Verfahren einverstanden erklären und zwingendes Recht nicht eine andere Form vorschreibt.
- (4) Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Diese Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung sowie vom Schriftführer zu unterzeichnen. Die Benennung des Schriftführers obliegt dem Gremium. Die Niederschrift ist den Gesellschaftern unverzüglich in Kopie zuzusenden. Erfolgt innerhalb der Frist von einem Monat kein schriftlicher Widerspruch, so gilt die Niederschrift als genehmigt. Im Falle der Beschlussfassung im Umlaufverfahren fertigt die Geschäftsführung eine Niederschrift an, in der der Beschlusswortlaut und die Stimmenabgaben der Gesellschafter festzuhalten sind. Diese Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung sowie den Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen zu unterschreiben und den

Gesellschaftern unverzüglich zu übersenden. Eine Information über die in der Gesellschafterversammlung gefassten Beschlüsse erhält der Beirat.

§ 12 Schriftform

Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern oder zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist.

§ 13 Aufsichtsrat

- (1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat.
- (2) Der Aufsichtsrat tagt grundsätzlich immer unmittelbar vor einer Gesellschafterversammlung und wird von der Geschäftsführung unter Angabe der Tagesordnung, des Ortes und der Zeit der Sitzung unter Beifügung aller notwendigen Beschluss- und Informationsvorlagen mit einer Frist von 14 Tagen schriftlich einberufen. An den Sitzungen des Aufsichtsrates haben die Geschäftsführer/-innen teilzunehmen.
- (3) Die Stadträte der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Stadt Mönchengladbach sowie der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss haben das Recht, den von ihr bzw. ihrer Beteiligungsgesellschaft entsandten Aufsichtsratsmitgliedern Weisungen zu erteilen.
- (4) Der Aufsichtsrat kann sich mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung eine Geschäftsordnung geben.

§ 14 Zusammensetzung des Aufsichtsrates

- (1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 9 Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:
 - a) der/die Oberbürgermeister/-in der Landeshauptstadt Düsseldorf oder ein von ihm/ihr benannter Vertreter sowie sechs weitere von der Landeshauptstadt Düsseldorf entsandte Mitglieder,
 - b) ein vom Rhein-Kreis Neuss entsandtes Mitglied,
 - c) ein von der WFMG-Wirtschaftsförderung Mönchengladbach GmbH entsandtes Mitglied

Mit Übertragung der treuhänderisch gehaltenen Anteile gehen zwei bis dahin von der Landeshauptstadt Düsseldorf besetzte Aufsichtsratsmandate auf den neuen Gesellschafter über.

Der/die Vorsitzende des Beirats nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrats ohne Stimmrecht beratend teil.

- (2) Wer ein Aufsichtsratsmitglied entsendet, ist auch berechtigt, es jederzeit abzuberufen.
- (3) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte eine/n Vorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n.

§ 15 Beschlüsse und Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.
- (2) Aufsichtsratsmitglieder, die im Einzelfall an einer Sitzung des Aufsichtsrates nicht teilnehmen können, haben die Möglichkeit, durch eine Stimmbotin oder einen Stimmboten an der Beschlussfassung teilzunehmen. Stimmbotin oder Stimmbote kann nur ein Mitglied des Aufsichtsrates sein. Die Stimmbotschaft muss der/m Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. dessen/deren Stellvertreter/-in in der Sitzung überbracht werden.
- (3) Der Aufsichtsrat kann Beschlüsse auch durch schriftliche Stimmabgabe fassen, wenn kein Aufsichtsratsmitglied schriftlich oder per Fax innerhalb einer vorgegebenen Frist diesem Verfahren widerspricht.
- (4) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens der Vorsitzende und vier weitere stimmberechtigte Aufsichtsratsmitglieder anwesend sind.
- (5) Willenserklärungen des Aufsichtsrates werden namens des Aufsichtsrates von dem Vorsitzenden abgegeben.
- (6) Über die Erörterungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates sind Niederschriften anzufertigen, die von dem Vorsitzenden der Sitzung und dem Protokollführer unterzeichnet werden. Die Niederschriften sollen den wesentlichen Inhalt der Erörterungen und den Wortlaut der Beschlüsse wiedergeben.

§ 16 Aufgaben des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit der Geschäftsführung und kontrolliert die Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit ihrer Handlungen. Der Aufsichtsrat prüft ebenfalls Ersatzansprüche gegen Mitglieder der Geschäftsführung.

- (2) Der Aufsichtsrat prüft nach Ablauf des Geschäftsjahres den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Gewinnverwendungsvorschlag nach Vorlage durch die Geschäftsführung. Er erstattet der Gesellschafterversammlung einen schriftlichen Bericht und gibt Empfehlungen zur Feststellung des Jahresabschlusses, Gewinnverwendung und Entlastung der Geschäftsführer/-innen.
- (3) Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gegenüber der Geschäftsführung in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten.
- (4) Der Aufsichtsrat erteilt nach Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung den Prüfauftrag an den Abschlussprüfer.

§ 17 Beirat

- (1) Die Gesellschaft hat einen Beirat. Der Beirat unterstützt und berät die Geschäftsführung sowie die Gesellschafter bei operativen und strategischen Fragestellungen von grundsätzlicher Bedeutung. Empfehlungen des Beirates werden der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung als Entscheidungshilfe vorgelegt.
- (2) Die Mitglieder des Beirates sind ehrenamtlich tätig. Die Zahl der Beiratsmitglieder ist nicht begrenzt. Mitglieder des Beirates sind:
 - a) Unternehmen, Gebietskörperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts mit besonderer Fachexpertise und Bedeutung für die Gesellschaft, die von der Gesellschafterversammlung ausgewählt werden. Jedes von der Gesellschafterversammlung ausgewählte Unternehmen kann jeweils eine/einen Vertreter/in in den Beirat entsenden.
 - b) Unternehmen, Gebietskörperschaften und Anstalten öffentlichen Rechts, die einen Förderbeitrag für die Gesellschaft von mindestens 20.000 Euro jährlich über einen Zeitraum von drei Jahren leisten. Diese Unternehmen, Gebietskörperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts können während der Dauer der Förderung jeweils eine/einen Vertreter/in in den Beirat entsenden.
- (3) Die Gesellschafter können einem Unternehmen trotz der Erfüllung der Voraussetzungen des Abs. 2 Buchst. b) ausnahmsweise die Mitgliedschaft im Beirat versagen, wenn mit einzelnen Unternehmen, die Mitglied des Beirates sind, eine Exklusiv-Mitgliedschaft vereinbart wurde und das Unternehmen im unmittelbaren Wettbewerb in derselben Branche zu diesem Beiratsmitglied steht.
- (4) Die Mitglieder des Beirates wählen aus ihrer Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit eine/einen Beiratsvorsitzende/n. Beschlüsse und Empfehlungen fasst der Beirat

mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet der/die Beiratsvorsitzende.

- (5) Der Beirat tagt in der Regel vierteljährlich. Weitere Sitzungen des Beirates können bei Bedarf einberufen werden. Sitzungen des Beirates werden von der/dem Beiratsvorsitzenden geleitet. Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Beirates ohne Stimmrecht teil.
- (6) Die Einberufung des Beirates erfolgt schriftlich durch die Geschäftsführung der Gesellschaft mindestens 4 Wochen vor dem Sitzungstag unter Angabe von Ort und Zeit.
- (7) Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben, die von der Gesellschafterversammlung zu genehmigen ist.

§ 18 Wirtschaftsplan

- (1) Die Geschäftsführung legt der Gesellschafterversammlung bis spätestens zum 31.10. eines jeden Jahres für das kommende Geschäftsjahr einen Wirtschaftsplan und eine mittelfristige Erfolgs- und Finanzplanung vor. Der Wirtschaftsplan besteht aus Plan-Bilanzen sowie einem detaillierten Erfolgsplan, einem Finanzplan und der Stellenübersicht. Abweichungen zur Vorjahresplanung sind darzustellen und zu erläutern.
- (2) Über die tatsächliche Entwicklung der Aufwendungen und Erträge im Vergleich zum Erfolgsplan und der Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zum Finanzplan sind den Gesellschaftern und den Aufsichtsratsmitgliedern Quartalsberichte zeitnah zuzusenden.
- (3) Werden wesentliche Abweichungen von genehmigten Wirtschaftsplänen erwartet, ist rechtzeitig ein Nachtrag aufzustellen.

§ 19 Finanzierung der Gesellschaft, Liquiditätssicherung

- (1) Die Gesellschafter gewähren der Gesellschaft nach rechtzeitig anzumeldendem Liquiditätsbedarf Abschlagszahlungen auf die im festgestellten Wirtschaftsplan vorgesehenen Zuschüsse. Die Zuschüsse der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Stadt Mönchengladbach bedürfen im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsplans der Zustimmung der Räte. Der Zuschuss des Rhein-Kreises Neuss bedarf der Zustimmung des Landrates.
- (2) Bei den Abschlagszahlungen gemäß Wirtschaftsplan handelt es sich weder um Einzahlungen auf das Stammkapital noch um gesellschaftsvertragliche Nachschüsse nach § 26 GmbHG. Die Zahlungen sind im Gesellschaftsverhältnis be-

gründet und sollen die GmbH in die Lage versetzen, sich in Erfüllung ihres Gesellschaftszwecks zu betätigen.

§ 20 Jahresabschluss

- (1) Die Geschäftsführung hat innerhalb der gesetzlichen Frist nach Ablauf des Geschäftsjahres den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und den Lagebericht des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und dem von der Gesellschafterversammlung zu bestimmenden Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Im Lagebericht muss auch zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung Stellung genommen werden.
- (2) Die Geschäftsführung hat den Gesellschaftern und dem Aufsichtsrat den in Abs. 1 bezeichneten Jahresabschluss gemeinsam mit dem schriftlichen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Fertigstellung mit ihren Vorschlägen zur Gewinnverwendung vorzulegen.
- (3) Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sind unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten ortsüblich bekannt zu machen. Gleichzeitig müssen der Jahresabschluss und der Lagebericht ausgelegt sowie in der Bekanntmachung auf die Auslegung hingewiesen werden.
- (4) Der Landeshauptstadt Düsseldorf stehen die Rechte nach § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu. Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die in § 53 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 HGrG genannte Prüfung, Berichterstattung und Übersendung des Prüfungsberichtes an die Landeshauptstadt alljährlich zu veranlassen. Die Rechnungsprüfungsämter der Landeshauptstadt Düsseldorf, der Stadt Mönchengladbach und des Rhein-Kreises Neuss sind berechtigt, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung der Betätigung der kommunalen Gesellschafter auftreten, unmittelbar bei der Gesellschaft zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher, und die Schriften der Gesellschaft einzusehen.
- (5) Der Landeshauptstadt Düsseldorf steht das Recht zu, von der Gesellschaft die Angaben, die für die Aufstellung des Gesamtabschlusses erforderlich sind, zu verlangen.
- (6) Die Geschäftsführung ist verpflichtet, im Rahmen der Jahresabschlusserstellung dafür Sorge zu tragen, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr erwarteten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nr. 9 HGB der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nr. 9, lit. a HGB im Anhang des Jahresabschlusses gesondert veröffentlicht werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für

- a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.
- (6) Sofern sich aufgrund einer steuerlichen Betriebsprüfung oder aus sonstigen Gründen Änderungen der Jahresergebnisse gegenüber den bisher festgestellten Jahresergebnissen ergeben, sind diese Änderungen im ersten noch nicht festgestellten Jahresabschluss zu berücksichtigen.

§ 21 Ergebnisverwendung

- (1) Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss fest und beschließt nach vorheriger Prüfung durch den Aufsichtsrat auch über die Verwendung des Ergebnisses.
- (2) Im Beschluss über die Verwendung des Ergebnisses können die Gesellschafter Beträge in Gewinnrücklagen einstellen, als Gewinn vortragen oder Ausschüttungen beschließen. Soweit ein Gewinn unter den Gesellschaftern verteilt wird, bemessen sich die Anteile der Gesellschafter nach dem Verhältnis der bis zum jeweiligen Zeitpunkt von ihnen gewährten Zuschussmittel.

§ 22 Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt den Gründungsaufwand (Kosten der Beurkundung des Gesellschaftsvertrages, Anmeldung und Eintragung in das Handelsregister einschließlich der Bekanntmachung bis zu einem Gesamtbetrag von € 2.000).

§ 23 Zulässigkeit der Abtretung von Geschäftsanteilen

Die Abtretung eines Geschäftsanteiles oder von Teilen eines Geschäftsanteiles, seine Belastung mit einem Nießbrauch sowie jede andere Verfügung über einen Geschäftsanteil bedarf zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Zustimmung aller übrigen Gesellschafter.

§ 24 Verfahren der Veräußerung

Neue Gesellschafter können aufgenommen werden, wenn alle Gesellschafter hierzu ihre Zustimmung geben. Die bisherigen Gesellschafter können sowohl im Verhältnis ihres Kapitalanteils Stammkapitalanteile abgeben als auch einzelne Gesellschaftsanteile außerhalb dieses Verhältnisses abgeben, wenn alle Gesellschafter hiermit einverstanden sind.

§ 25 Kündigung der Gesellschaft

- (1) Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft mit einer Frist von einem Jahr zum Schluss des Geschäftsjahres kündigen, vorbehaltlich der nachstehenden Regelungen.
- (2) Im Falle der Kündigung eines Gesellschafters haben die verbleibenden Gesellschafter jeweils ein entsprechendes Ankaufsrecht an dem Geschäftsteil des ausscheidenden Gesellschafters. Falls sich die Gesellschafter nicht auf einen Kaufpreis einigen können, wird dieser durch einen Wirtschaftsprüfer festgestellt, der durch die Wirtschaftsprüferkammer als Schiedsgutachter bestellt wird.
- (3) Wird ein Ankaufsrecht nach Abs. 2 bis zum Wirksamwerden der Kündigung weder von den verbleibenden Gesellschaftern noch von einem Dritten ausgeübt, so wird die Gesellschaft nicht fortgesetzt. Sie wird unverzüglich im Wege der Liquidation aufgelöst.
- (4) Rechtzeitig vor Ablauf des ersten Förderzeitraums von drei Jahren werden die Gesellschafter gemeinsam eine Evaluation durchführen. Über den genauen Ablauf sowie die Art und Weise der Durchführung der Evaluation werden sich die Gesellschafter vorab unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist nach Abs. (5) abstimmen.
- (5) Eine Kündigung ist erstmals nach Ablauf von drei Jahren nach Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister mit einer Kündigungsfrist von einem halben Jahr möglich.

§ 26 Public Corporate Governance Kodex

- (1) Der Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Düsseldorf ist in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

- (2) Die Gesellschaftsorgane erklären jährlich in einem Corporate Governance Bericht, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Düsseldorf entsprochen wurde. Wenn von den Empfehlungen abgewichen wird, ist dies nachvollziehbar zu begründen.

§ 27 Ergänzende Bestimmungen

- (1) Sofern in diesem Gesellschaftsvertrag keine abweichenden Bestimmungen getroffen sind, gelten die gesetzlichen Regelungen zur Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
- (2) Die Gesellschaft ist verpflichtet, das Gesetz zur Gleichstellung von Männern und Frauen für das Land NRW im Rahmen der Geschäftstätigkeit zu beachten.
- (3) Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen.
- (4) Sollte eine der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages nichtig oder unwirksam sein oder werden, so wird seine Wirksamkeit im Übrigen davon nicht berührt. Eine nichtige oder unwirksame Bestimmung wird vielmehr durch eine solche Regelung ersetzt, die dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck des Vertrages entspricht und rechtswirksam ist. Dieses gilt sinngemäß auch, wenn dieser Gesellschaftsvertrag Lücken aufweisen sollte, bei deren Ausfüllung insbesondere auch die in seiner Präambel festgehaltenen Grundsätze zu beachten sind.